



### Presseschau vom 13.10.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### **Andreas Peter: Chruschtschow, sein Schuh und eine echte Fake-Story – Das geschah vor 60 Jahren wirklich in der Uno**

Kaum eine Szenerie wird so oft zitiert, wie der angebliche Moment am 12. Oktober 1960, als der frühere sowjetische Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow während der Uno-Vollversammlung mit seinem Schuh auf das Rednerpult gehämmert haben soll. Doch das hat so nie stattgefunden. Eine der schillerndsten Fake-Stories der Geschichte. ...

<https://sptnkne.ws/DXtP>

#### **Bernd Murawski: Nawalnys Ärzte lügen nicht – Gedanken zu einem möglichen Komplott**

Der Fall um die mutmaßliche Vergiftung des russischen oppositionellen Alexei Nawalny schlägt weiter hohe Wellen. Ist ein Szenario denkbar, in dem die Befunde sowohl des Omsker Krankenhauses als auch der Charité und sogar des Bundeswehrlabors korrekt sind?

<https://de.rt.com/2b4d>

#### **deutsch.rt.com: Armenischer Präsident im Exklusivinterview mit RT: Türkei soll ihre Hände aus dem Spiel halten**

Der armenische Präsident Armen Sarkissjan hat RT vor dem Hintergrund der Krise in Bergkarabach ein Exklusivinterview gegeben. Dort gab er Verstöße gegen die vereinbarte Waffenruhe zu und erklärte, warum Armenien die Republik Arzach bislang nicht anerkennen

möchte. ...

<https://de.rt.com/2b4x>

deutsch.rt.com: **Das Rätsel um Marija Pewtschich: Wer ist die angebliche Mitarbeiterin Nawalnys?**

Marija Pewtschich mag keine Publicity. Obwohl sie laut Alexei Nawalny lange für seinen Fonds arbeitet, tauchte ihr Name erst nach seiner angeblichen Vergiftung auf. Die RT-Korrespondentin Saskia Taylor fragt sich, welche Rolle die mysteriöse Dame im Fall Nawalny spielt. ...

<https://de.rt.com/2b4o>

**abends/nachts:**

de.sputniknews.com: **ESA nennt Startfenster für zweite russisch-europäische Mission ExoMars**

Die zweite russisch-europäische ExoMars-Mission startet nach Angaben der Europäischen Raumfahrtbehörde ESA 2022. Das erste Startfenster bietet sich am 20. September um 16.10 Uhr MESZ an, teilte die Behörde auf ihrer Homepage mit.

Die Landekapsel dürfte in neun Monaten – am 10. Juni 2023 um 17.32 Uhr MESZ – die Oberfläche des Roten Planeten erreichen. Für einen Notfall gebe es ein Ausweichmanöver: Das nächste Startfenster „öffne sich“, ausgehend von den ballistischen Verhältnissen, zum 1. Oktober 2022, hieß es.

Im vergangenen März hatten ESA und die russische Raumfahrtbehörde Roskosmos mitgeteilt, dass der Start der Mission von 2020 auf 2022 verschoben werde. Es komme darauf an, modernisierte Ausrüstungen und eine neue Software zusätzlich zu testen, um Sicherheit zu haben. Zudem habe die Coronavirus-Pandemie Probleme geschaffen.

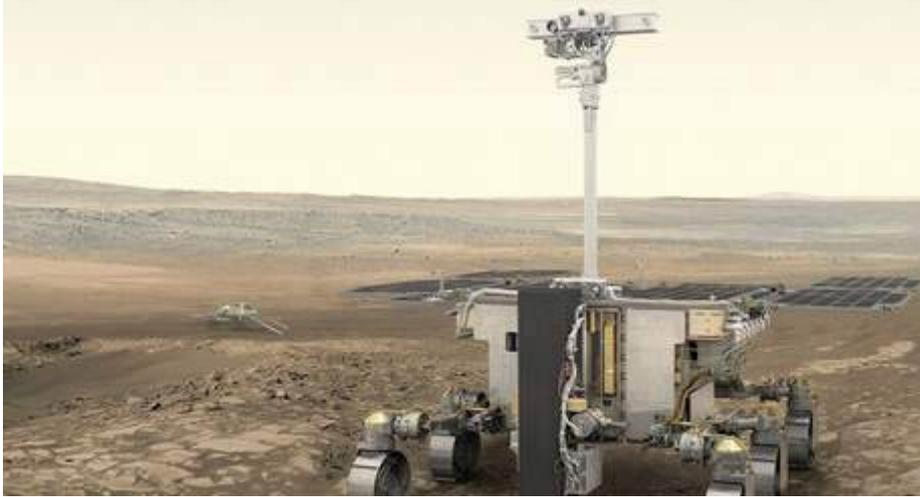
**ExoMars-Mission 2.0**

Der ExoMars-Apparat soll vom Raumbahnhof Baikonur in der zentralasiatischen Republik Kasachstan mit einer russischen Proton-M-Trägerrakete zum Nachbarplaneten gebracht werden. Die Rakete wird extra mit der vierten Stufe Breeze-M ausgestattet sein.

Der Raumapparat wird ein russisches Landemodul an Bord haben. Dieses enthält eine russische Landeplattform und das europäische Marsmobil Rosalind Franklin. An der Plattform werden elf russische und zwei europäische Geräte angebracht. Die Mission – wie übrigens ExoMars-2016 – hat zum Ziel, nach Spuren von Leben auf dem Roten Planeten zu suchen.

**Landung missglückt**

Die erste ExoMars-Mission mit dem europäischen Orbitalmodul TGO, zwei russischen Forschungsgeräten und dem europäischen Landemodul Schiaparelli war im März 2016 gestartet. Im Oktober 2016 erreichte TGO die berechnete Mars-Umlaufbahn. Das ausgesetzte Schiaparelli-Modul zerschellte bei der Landung wegen zu hoher Geschwindigkeit.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32451/53/324515356\\_0:149:1900:1175\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_80b62c73c4109200025206cce4037b99.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32451/53/324515356_0:149:1900:1175_1000x0_80_0_1_80b62c73c4109200025206cce4037b99.jpg)

### deutsch.rt.com: „Fruchtbare Gespräche über strategische Partnerschaft“: Iranischer Außenminister zu Gast in China

Der iranische Außenminister ist auf Einladung des chinesischen Außenministers zu einem offiziellen Besuch nach China gekommen. Anschließend sprach er von „fruchtbaren Gesprächen“ mit seinem chinesischen Amtskollegen über eine strategische Partnerschaft der beiden Länder.

Der chinesische Staatsrat und Außenminister Wang Yi bekräftigte die Notwendigkeit, das iranische Atomabkommen von 2015 vor dem Alleingang der USA zu schützen und forderte die verbliebenen Partner des Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) auf, sich einem regionalen multilateralen Dialog zur Rettung des Abkommens anzuschließen. Wang äußerte dies am 11. Oktober während eines Treffens mit dem iranischen Außenminister Mohammed Dschawad Sarif in Tengchong, in der südwestchinesischen Provinz Yunnan, berichtet der chinesische Fernsehsender CGTN.

Im Rahmen der Bemühungen, die Umsetzung des JCPOA weiter voranzutreiben, schlug der chinesische Außenminister vor, eine regionale multilaterale Dialogplattform einzurichten. Alle betroffenen Parteien sollten dazu eingeladen werden, um dadurch "den gleichberechtigten Dialog" zu fördern und das Atomproblem gemeinsam zu lösen.

Sarif sagte, dass Iran die Rolle Chinas beim Schutz der JCPOA voll und ganz bekräftigte und bereit sei, mit China, Russland und der EU zusammenzuarbeiten, um die Wirksamkeit des umfassenden Abkommens aufrechtzuerhalten. Er sagte auch, dass Iran Chinas Initiative über eine regionale Plattform zur Umsetzung des Atomabkommens begrüße. In einem umstrittenen Alleingang und gegen den Willen des UN-Sicherheitsrates erklärte vor Kurzem die US-Regierung alle UN-Sanktionen gegen Iran wieder für gültig. Doch Washington stand mit dem Vorhaben recht einsam da. Nicht nur Russland und China stellten sich gegen die einseitige Wiedereinsetzung der Sanktionen, sondern auch europäische Mächte. Die Sanktionen waren nach dem Abschluss des internationalen Atomabkommens von 2015 ausgesetzt worden.

Der iranische Außenminister Mohammed Dschawad Sarif, der am Samstag auf Einladung des chinesischen Außenministers Wang Yi zu einem offiziellen Besuch nach China gekommen war, sprach von „fruchtbaren Gesprächen“ mit seinem chinesischen Amtskollegen über eine strategische Partnerschaft beider Länder. Sarif bekräftigte, dass beide Seiten gegen den US-Unilateralismus seien. Er fügte hinzu, dass sowohl Iran als auch China die einseitige Politik der Vereinigten Staaten in Bezug auf regionale und internationale Entwicklungen und ihre Versuche, eine „unipolare Welt“ zu schaffen, ablehnen. Der iranische Außenminister erklärte, dass er und sein chinesischer Amtskollege vereinbart hätten, die bilateralen Beziehungen zu stärken.

Zudem hätten sie einen 25-jährigen Fahrplan für eine Partnerschaft und geplante Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines Impfstoffs zur Bekämpfung der tödlichen Coronavirus-Pandemie beschlossen. "Fruchtbare Gespräche im schönen Tengchong mit meinem Freund Wang Yi über eine umfassende strategische Partnerschaft zwischen Iran und China", sagte der iranische Top-Diplomat am Samstag auf seinem offiziellen Twitter-Konto. Weitere Details zu den Gesprächen wurden nicht bekannt. Über die geplante Partnerschaft zwischen Iran und China wird bereits seit letztem Jahr verhandelt. „Wenn der 25-Jahresplan abgeschlossen ist, wird die Zusammenarbeit zwischen Teheran und Peking auf ein beispielloses Niveau angehoben“, berichtet die Belt and Road News. Weder Iran noch China haben sich offiziell genauer zu dem strategischen Deal geäußert.

Einige Details der 25-jährigen Partnerschaft sind jedoch bekannt geworden. Unter anderem will China 400 Milliarden Dollar in die Infrastruktur Irans investieren. Das Handelsabkommen sieht zudem eine engere militärische Zusammenarbeit vor. Des Weiteren sind gemeinsame Ausbildungsgänge und Manöver sowie Forschung und Waffenentwicklung geplant. Für die USA ist dieser Vertragsabschluss eine Misere, weil er die US-Dominanz im Nahen Osten weiter eingrenzt. Die iranische Regierung hofft, mit dem Pakt weitere Auswirkungen der amerikanischen Sanktionen zu minimieren.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.10/article/5f8461f1b480cc7cc705fba0.JPG>

**vormittags:**

de.sputniknews.com: **Causa Nawalny: Stellvertretender UN-Botschafter Russlands warnt vor Provokationen**

Die „Beweise“, die Deutschland zum Fall Nawalny in Medien veröffentlicht hat, überzeugen äußerst wenig. Laut dem ersten stellvertretenden russischen Botschafter bei der Uno, Dmitri Poljanski, gibt es trotzdem bislang keine Zusammenarbeit mit Russland zu dieser Ermittlung. Während der Sitzung des ersten Ausschusses für Abrüstung und internationale Sicherheit hat eine Reihe westlicher Länder, darunter auch Deutschland, Russland dazu aufgerufen, ausführliche Informationen zum Fall Nawalny vorzulegen. Der Stellvertreter des Ständigen Vertreters Deutschlands bei den Vereinten Nationen, Günter Sautter, zeigte unter anderem sein Erstaunen darüber, dass in Russland kein Strafverfahren eingeleitet worden sei.

Poljanski sagte seinerseits, alle Erklärungen der westlichen Vertreter würden auf „grundlose Beschuldigungen im Still 'Wer noch, wenn nicht Russland' (...)“ hinauslaufen.

„Und es gab und gibt keine Beweise. Sie werden angeblich für geheim erklärt. Dabei verzichten die Länder des Westens entschieden, mit Russland zusammenzuwirken.“

Ferner sagte Poljanski: „Ich möchte unsere deutschen Kollegen nochmals darauf verweisen, dass jene Beweise (zum Fall Nawalny - Anm. d. Red.), die sie in den Medien veröffentlichten und uns nicht zeigen, äußerst wenig überzeugt haben. Wir können kein Strafverfahren in Russland ohne Beweise einleiten. Vielleicht ist es die gängige Praxis in Deutschland, jedoch in Russland nicht üblich.“

„Um ein Gespräch zu diesem Fall zu führen, ist für uns die Zusammenarbeit mit unseren deutschen und europäischen Freunden notwendig. Sonst wird es nichts und alle werden klar verstehen, dass es sich nur um Provokation handelt. Zumindest wirkt es derzeit so.“

Laut Poljanski ruft Russland die westlichen Staaten dazu auf, die Fakten nicht zu verdrehen, keine grundlosen Vorwürfe gegen die treulichen Teilnehmerländer der Chemiewaffenkonvention zu erheben. Moskau rufe unter anderem dazu auf, keine Machinationen für die Förderung eigener geopolitischen Interessen zu unternehmen. ...

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 12. Oktober 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Gleichzeitig werden auf dem von den BFU kontrollierten Territorium weiter Detonationen von Sprengeinrichtungen festgestellt:  
- um 8:25 Uhr im Gebiet von Solotoje-4.

de.sputniknews.com: „**Ungerecht, unsinnig und weltfremd**“ - Chinas Nein zu trilateralen Abrüstungsgesprächen

China wird niemals an den trilateralen Gesprächen zur Rüstungskontrolle teilnehmen, da sein Nukleararsenal im Vergleich zur USA und zu Russland gering ist. Das hat der stellvertretende ständige Vertreter Chinas bei den Vereinten Nationen, Geng Shuang, geäußert.

China habe nie an einem nuklearen Wettrüsten mit irgendeinem Staat teilgenommen und werde dies auch nicht tun, betonte der Diplomat bei einer Sitzung des ersten Ausschusses der UN-Vollversammlung, der sich mit Fragen der Abrüstung und der internationalen Sicherheit befasst.

„Angesichts der riesigen Unterschiede zwischen Chinas Atomwaffenarsenal auf der einen Seite und den Atomwaffenarsenalen der USA und Russland auf der anderen Seite ist es ungerecht, unsinnig und weltfremd zu erwarten, dass China an trilateralen Gesprächen zur Rüstungskontrolle teilnehme. China wird niemals an solchen Verhandlungen teilnehmen“, sagte er.

**China verzichtet nicht auf Teilnahme an nuklearer Abrüstung**

Peking werde Erpressungen in dieser Frage niemals akzeptieren. „Die Weigerung Chinas, an den so genannten trilateralen Rüstungskontrollgesprächen teilzunehmen, bedeutet jedoch nicht, dass China (...) sich ebenfalls weigert, am Prozess der nuklearen Abrüstung teilzunehmen“, betonte er.

Geng verwies unter anderem darauf, dass China von Anfang an für ein vollständiges Verbot und die anschließende Zerstörung von Atomwaffen eintrat und seinen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen angekündigt hatte.

China sei bereit, einen substantiellen Dialog über strategische Stabilität auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts zu führen und werde sich weiterhin an der Rüstungskontrolle im Rahmen der Uno sowie der Aktivitäten der UN-Vetomächte beteiligen, hob er hervor.

**USA steigen aus internationalen Verträgen aus und gefährden globale Sicherheit**

Die Vereinigten Staaten seien zur größten Bedrohung für die globale strategische Sicherheit und Stabilität geworden, so Geng. „In den letzten Jahren haben sich die USA zunehmend aus internationalen Verträgen zurückgezogen und somit die multilaterale und bilaterale Rüstungskontrolle untergraben“, äußerte er.

Zudem würden die USA zurzeit Billionen Dollar in die Modernisierung ihrer nuklearen Triade

und in den Ausbau der nuklearen Abschreckung investieren, fuhr er fort.

„Die uneingeschränkte Entwicklung und Stationierung des globalen Raketenabwehrsystems der USA sowie die Versuche, bodengestützte Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite im asiatisch-pazifischen Raum sowie in Europa zu stationieren, untergraben den Frieden und die Sicherheit in der Region sowie die globale strategische Stabilität. China ist zutiefst besorgt und fordert die Vereinigten Staaten auf, die Stationierung (ihrer Raketen – Anm. d. Red.) einzustellen“, betonte Geng Shuang.

Sollten die USA diesen Weg auch weiterhin gehen, werde China, wenn nötig, entschlossene Gegenmaßnahmen zum Schutz seiner nationalen Interessen ergreifen, warnte er.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32580/61/325806150\\_0:174:3073:1835\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_61c215a619ca38dc60fe9f7f0ce229c4.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32580/61/325806150_0:174:3073:1835_1000x0_80_0_1_61c215a619ca38dc60fe9f7f0ce229c4.jpg)

#### de.sputniknews.com: **Bergkarabach „letzte Hürde vor neuem osmanischem Reich“ - Armenien zu Kriegshetze Ankaras**

Der armenische Ministerpräsident Nikol Paschinjan wirft der Türkei Kriegshetze vor. Wie er am Montag vor Auslandsdiplomaten sagte, hätte es keinen Krieg in Bergkarabach ohne die Teilnahme-Bereitschaft der Türkei gegeben.

„Dieser Krieg hätte kaum beginnen können, wenn die Türkei nicht ihre Bereitschaft gezeigt hätte, sich daran zu beteiligen. (...) Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass die Kampfhandlungen als Fortsetzung gemeinsamer türkisch-aserbaidjanischer Manöver begonnen wurden“, zitiert die Pressestelle des Ministerkabinetts Paschinjan.

Die türkische Beteiligung und seine Kriegspropaganda im Konflikt in der Kaukasus-Region sei offensichtlich, wie öffentliche Erklärungen aus Ankara sowie weitere Fakten bezeugen, die Armenien an seine Partner übergeben habe.

Die Türkei habe Söldner und Mitglieder von Terrororganisationen aus Syrien angeworben und diese selbst in die Konfliktzone transportiert, sagte Paschinjan. Solche Handlungen Ankaras spiegeln ihm zufolge „die Expansionspolitik“ der Türkei wider, da die armenische Bevölkerung des Südkaukasus die letzte Hürde für ihren Weg nach Osten, Norden und Südosten sei.

Alle aktuellen Ereignisse sollten im Kontext der türkischen Politik im Mittelmeerraum, in Syrien, im Irak, in Bezug auf Griechenland und Zypern betrachtet werden.

„Und das ist eindeutig eine Politik, die die Wiederherstellung des osmanischen Reiches zum Ziel hat“, so der armenische Ministerpräsident. ...



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0d/328138279\\_0:213:2999:1835\\_1000x080\\_0\\_1\\_219ea8572bc0c5c98dbe5b64654d1220.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0d/328138279_0:213:2999:1835_1000x080_0_1_219ea8572bc0c5c98dbe5b64654d1220.jpg)

**dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 12. Oktober 3:00 Uhr bis 13. Oktober 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verstöße von Seiten der BFU 2.

Auf das Territorium der DVR wurden in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen geschossen:

Richtung Donezk: 82mm-Mörser – 2 mal (10 Geschosse).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

**Jakowlewka.**

**Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 10.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Außerdem wurde festgestellt, dass in Verletzung der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden Regimes der Feuereinstellung um 16:25 Uhr technische Arbeiten auf den Positionen der BFU im Gebiet von Peski durchgeführt wurden. In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 3.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

**de.sputniknews.com: Maas: Fall Nawalny ändert nicht „unser fundamentales Interesse an gutem Verhältnis zu Russland“**

Der deutsche Außenminister Heiko Maas hat sich in einem Interview mit der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti zum Fall Nawalny sowie zu den aktuellen Beziehungen zu Russland geäußert.

„Der versuchte Mord an Herrn Nawalny ist aus unserer Sicht dagegen keine bilaterale Frage zwischen Deutschland und Russland, sondern betrifft die internationale Gemeinschaft als Ganzes“, so Maas wörtlich im Interview.

Ferner betonte er, dass fünf Laboratorien „unabhängig voneinander“ bestätigt hätten, dass „hier ein Mensch mit einem verbotenen Nervenkampfstoff vergiftet wurde“. Das verleiht laut seinen Aussagen Berlins Forderung Nachdruck, dass Russland sich hier erkläre.

„Das ist bislang nicht erfolgt, die Fakten werden schlicht nicht zur Kenntnis genommen“, so Maas weiter.

### **Wer soll Fall Nawalny ermitteln?**

Die Causa Nawalny kann und muss laut weiteren Worten von Maas von russischen Sicherheitskräften ermittelt werden. Dazu sagte er wie folgt:

„Wenn eine Tat wie der Mordanschlag auf Herrn Nawalny in Sibirien an einem russischen Staatsbürger stattfindet, dann muss und kann nur die russische Justiz ermitteln. Alle Spuren, Zeugen, Beweismittel die man braucht, um zu ermitteln, befinden sich in Russland, ebenso die ersten Blutproben. Erst zwei Tage nach der Tat ist Herr Nawalny ja zur medizinischen Behandlung nach Deutschland gekommen.“

Aus Berlins Sicht gehe es in dieser Situation um eine Auseinandersetzung mit den Fakten.

„Wir können jedenfalls bisher nicht erkennen, dass die russische Regierung sich öffentlich mit der Substanz des Falles auseinandersetzt. Diese ist, dass ein militärischer Nervenkampfstoff der Nowitschok-Gruppe in Russland zum Einsatz gekommen ist.“ Laut Maas handelt es sich dabei um einen schweren Bruch des Chemiewaffenübereinkommens. In diesem Zusammenhang würden viele in der internationalen Gemeinschaft Aufklärung fordern; Russland habe bisher wenig unternommen, um diese zu leisten, so Maas. „Wenn dann auch noch ständig neue, teils abstruse Theorien in die Welt gesetzt werden bis hin zu der Behauptung, Herr Nawalny habe sich selbst vergiftet, wenn die Glaubwürdigkeit der OVCW als unabhängige Organisation in Zweifel gezogen wird, dann verstärkt das den Eindruck, dass man kein Interesse an ernsthafter Aufklärung hat.“

### **Bilaterale Beziehungen**

„Jedenfalls ändert er (der Fall Nawalny – Anm. d. Red.) nichts an der Geographie und deshalb auch nichts an unserem fundamentalen Interesse an einem guten oder zumindest einem vernünftigen Verhältnis zu Russland“, versicherte Maas.

Deutschland sei ein Staat, der vom Handel sowie wissenschaftlichem Austausch lebe. In diesem Zusammenhang wolle Berlin mit allen seinen Nachbarn gute Beziehungen, die auf klaren Regeln und gegenseitigem Respekt aufbauen.

### **Häufige Treffen mit Lawrow**

„Und dafür haben wir in den letzten Jahren auch einiges an Arbeit investiert, ich habe kaum einen Amtskollegen öfter getroffen als Sergej Lawrow“, betonte der deutsche Außenminister. Die Gesellschaften Deutschlands und Russlands sind Maas zufolge eng verbunden; es gebe einen Austausch von Studenten, Künstlern usw. Doch gab er zu bedenken: „Aber es ist kein Geheimnis, dass unser zwischenstaatliches Verhältnis durch eine Reihe von Vorfällen – angefangen beim Bundestagshack bis hin zur Ermordung eines Georgiers in Berlin (...) – belastet wird.“

### **Voraussetzung für Vertrauen**

Im Interview erklärte Maas: „Wir stehen offen zu unseren Werten: Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte und eine Welt, in der Regeln gelten und nicht das Recht des Stärkeren.“ Deutschland sei überzeugt, das biete die beste Chance für ein friedliches Zusammenleben.

Ferner sagte der Außenminister, dass Russland sich entscheiden müsse, welches Verhältnis es zu Deutschland sowie zu seinen westlichen Nachbarn in Europa haben wolle.

„Klar ist, dass Russland dieses Verhältnis durch sein eigenes Handeln bestimmen kann. Die Achtung und Einhaltung grundlegender internationaler Regeln, sei es in der Ukraine oder beim Chemiewaffenübereinkommen sind Voraussetzung dafür, dass wieder Vertrauen entstehen kann“, schlussfolgerte er.

Die Beziehungen zwischen Russland und westlichen Ländern haben sich wegen der Lage in der Ukraine und um die Halbinsel Krim verschlechtert, die sich im Jahr 2014 nach einem Referendum wieder mit Russland vereinigt hatte.

Der Westen warf Russland Einmischung vor und verhängte Sanktionen gegen das Land. Moskau ergriff daraufhin Gegenmaßnahmen, strebt eine Importsubstitution an und hat wiederholt erklärt, dass es kontraproduktiv sei, mit ihm in der Sprache der Sanktionen zu

sprechen. In letzter Zeit wird immer öfter in Europa die Auffassung vertreten, dass die Sanktionen gegen Russland aufgehoben werden müssten. ...



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32615/42/326154224\\_0:0:2780:1505\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_e6c880237aa01f4f9d67533c1ef04a2c.jpg](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32615/42/326154224_0:0:2780:1505_1000x0_80_0_1_e6c880237aa01f4f9d67533c1ef04a2c.jpg)

**Lug-info.com: In der DVR sind am 12. Oktober um 9:00 Uhr 1225 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 876 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gab es 58 Todesfälle.**

**de.sputniknews.com: Maas nennt Weg zur Regelung der politischen Krise in Weißrussland**

Deutschland hält laut Bundesaußenminister Heiko Maas einen Dialog zwischen der Regierung und der Opposition in Belarus (Weißrussland) unter internationaler Schirmherrschaft für einen Kompromissweg zur Regelung der politischen Krise im Land. „Ein Kompromissvorschlag der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE), deren Mitglied Russland ja ist, liegt nach wie vor auf dem Tisch, für einen friedlichen und inklusiven Dialog in Belarus. Ohne Einflussnahme von außen, aber mit ehrlichen Vermittlungsbemühungen, die zu fairen und freien Neuwahlen führen. Herr Lukaschenko muss anerkennen, dass die Belorussinnen und Belorussen ihn mehrheitlich nicht mehr als durch Wahlen legitimierten Präsidenten anerkennen“, erklärte Maas in einem Gespräch mit der Agentur RIA Novosti.

Auf die Frage, ob die von den weißrussischen Behörden angekündigte Verfassungsreform ein Kompromiss sein könne, antwortete Maas: „In einer Situation, in der er sich durch Gewalt, Repression und Wahlfälschung als Herrscher behaupten will, ist das Vertrauen in eine Reform, die allein auf seinem Wort beruht, sehr gering“.

„Die Bereitschaft zu einem friedlichen Dialog ist die Voraussetzung, um aus dieser Sackgasse herauszukommen. Deshalb fordern wir als Europäische Union, dass das belorussische Volk eine faire Chance erhält, über seine eigene Zukunft zu entscheiden“, fügte Maas hinzu. Moskau betrachtet Lukaschenko als legitimen Präsidenten Belarus bzw. Weißrusslands und warnte mehrmals vor einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes. Die Europäische Union erkennt dagegen das Ergebnis der Präsidentenwahl nicht an und verurteilt das harte Vorgehen gegen die Protestierenden im Land ...

**Mzdnr.ru: Am 12. Oktober wurden in der DVR 110 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.**

**In den letzten 24 Stunden wurden 23 Personen nach zwei negativen Tests als gesund**

entlassen.

Außerdem gab es vier Todesfälle – Männer im Alter von 45 bis 85 Jahren und eine Frau im Alter von 58 Jahren.

Am 13. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 4666 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

2112 Patienten sind derzeit in Behandlung, 2261 als gesund entlassen, es gibt 293 Todesfälle. In den letzten 24 Stunden wurden 184 Fälle von Lungenentzündungen registriert, davon sind 110 ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Insgesamt befinden sich 1520 Personen wegen Lungenentzündung in Behandlung, davon 329 mit Sauerstoffunterstützung (+33 in den letzten 24 Stunden).

### de.sputniknews.com: **Russlands Gesundheitsminister: Zweiter Covid-19-Impfstoff soll diese Woche registriert werden**

Zwei russische Covid-19-Impfstoffe befinden sich derzeit in der Phase klinischer Studien, wie Russlands Gesundheitsminister Michail Muraschko am Dienstag erklärte. Einer von diesen soll ihm zufolge diese Woche registriert werden.

„Heute sind bereits zwei russische Impfstoffe in klinischen Forschungen, ein Impfstoff ist registriert“, so Muraschko. Ferner betonte der russische Gesundheitsminister:

„Wir planen, dass diese Woche einer der Impfstoffe, die sich aktuell in klinischen Studien befinden, registriert und in Produktionszyklus gehen wird.“

Ende September hatte die russische Verbraucherschutzbehörde (Rospotrebnadzor) mitgeteilt, dass die Registrierung eines Covid-19-Impfstoffes des staatlichen Wissenschaftszentrums für Virologie und Biotechnologie „Vektor“ am 15. Oktober erwartet wird.

Der Impfstoff heißt „EpiVakCorona“ und ist bereits der zweite russische Corona-Impfstoff, der erfolgreich an Menschen erprobt wurde. ...



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/1e/328049301\\_0:0:3072:1662\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_cfc612183fac0ea1093c567f9831f01c.jpg](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/1e/328049301_0:0:3072:1662_1000x0_80_0_1_cfc612183fac0ea1093c567f9831f01c.jpg)

### **nachmittags:**

### deu.belta.by: **Lukaschenko über Dorfarbeiter: Wenn die Minsker auch so wären, würden wir das reichste Volk sein**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko machte sich während der Arbeitsreise in den Kreis Tolotschin mit Kartoffelanbauperspektiven im Land vertraut.

Der Staatschef besuchte den Konservenbetrieb Tolotschin. Hier erschließt man in den letzten Jahren moderne Technologien zum Anbau, Verarbeitung und Lagerung von Kartoffeln.

Alexander Lukaschenko besuchte Ackerflächen und nahm die Kartoffelernte, Arbeit der belarussischen Technik in Augenschein. Er sprach auch zu Mähdrescherfahrern und Mechanisatoren, diskutierte mit ihnen über die Vor- und Nachteile der Landwirtschaftsmaschinen sowie Feldarbeit. Der Betriebsleiter Anatoli Anjuchowski bemerkte, dass man in der Saison ohne freie Tage arbeitet. „Wir bewältigen alles dank dem Volk. Die Dorfleute arbeiten aufrichtig“, erklärte er.

Wenn die Minsker auch so wären, würden wir das reichste Volk sein, sagte Alexander Lukaschenko.

Der Staatschef besuchte auch die Kartoffellagerhalle des Konservenbetriebes Tolotschin. Der Komplex für trockene Schälung und Verpackung von Kartoffeln wurde 2015 in Betrieb genommen. Die automatisierte Kartoffellagerhalle wurde nach der niederländischen Technologien errichtet.

Das Staatsoberhaupt nahm die Kartoffellagerung, Verkaufsvorbereitung in Augenschein. Anatoli Anjuchowski sagte, dass man noch eine Kartoffellagerhalle im Betrieb errichten will. Alexander Lukaschenko versprach die Unterstützung, falls es nötig ist.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2020/000019\\_1602584163\\_53194\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000019_1602584163_53194_big.jpg)

**armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 13.10.2020**

In den letzten 24 Stunden haben Kämpfer der BFU im Vorfeld der Sitzung der dreiseitigen Kontaktgruppe **zwei Feuerprovokationen in Richtung Donezk** durchgeführt.

Auf Befehl des Kriegsverbrechers Majstrenko haben Kämpfer der 54. Brigade zweimal **Jakowlewka** mit Mörsern beschossen und dabei 10 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert. Der Gegner eröffnete das Feuer zu einem Zeitpunkt als Reparaturarbeiten zum Wiederaufbau der Eisenbahngleise an der Strecke Station „Donezk“ – Station „Jasinowataja“ stattfanden, über die die ukrainische Seite rechtzeitig informiert worden war.

Außerdem wurde die **Durchführung von technischen Arbeiten** zur zusätzlichen Ausrüstung ihrer Positionen durch Kämpfer des 37. Bataillons der 56. Panzergrenadierbrigade im Gebiet von Peski festgestellt.

Das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ verletzt ein weiteres Mal den dritten Punkt der Zusatzaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueereinstellung, davon zeugt der Bericht der OSZE-Mission vom 12. Oktober 2020, in dem die **Stationierung von Waffen und Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium durch Einheiten der BFU vermerkt ist.

So wurde in Drushkowka die Stationierung von fünf Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ aus dem Bestand der 35. Marineinfanteriebrigade bemerkt.

In Karlowka wurden zwei Schützenpanzerwagen aus dem Bestand der 56. Panzergrenadierbrigade entdeckt.

Außerdem wurden zwei Soldaten der 53. mechanisierten Brigade auf den ehemaligen Positionen der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet des Trennungsabschnitts Petrowskoje festgestellt.

**Seit Beginn des heutigen Tages** haben Kämpfer des 23. Bataillons der 56. Brigade der BFU von den Positionen im Gebiet von Peski aus das Feuer mit einem automatischen Granatwerfer in Richtung **Shabunki** eröffnet und 15 Granaten abgefeuert.

Die Materialien zu den Fällen von Beschuss wurden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, übergeben sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR, um sie den Strafverfahren gegen den Brigadekommandeur der 56. Brigade hinzuzufügen.

Es ist eine **Zunahme der nicht kampfbedingten Verluste der BFU** in der OOS-Zone festzustellen. Es wurden die Umstände eines weiteren Vorfalls bekannt, der sich bei militärischen Ausbildungsübungen bei Schüssen mit dem traurig bekannten ukrainischen Mörser „Molot“ ereignete.

So detonierte bei Übungen mit dem Personal des 503. Marineinfanteriebataillons auf einem Übungsplatz im Gebiet von Predtetschino aufgrund von Verletzungen der Sicherheitsbestimmungen, des Einsatzes des Mörsers ohne eine Zündschnur für ungefährliches Schießen und aufgrund der falschen Vorbereitung des Geschosses für den Abschuss, unter anderem der Nichteinhaltung der Lagerungsvorschriften, ein Mörsergeschoss im Lauf eines Molot-Mörser. Dabei erlitten drei Kämpfer schwere Verletzungen, einer starb vor Ort.

Nach uns vorliegenden Informationen haben Kämpfer der 54. Brigade auf den Positionen im Gebiet von Awdejewka Vertretern der Freiwilligenorganisationen „Komm lebend zurück“ im Austausch gegen Lebensmittel **zehn Kästen mit Patronen des Kalibers 5,45 mm und vier Geschosse für Antipanzerhandgranatwerfer übergeben.**

Die genannte Munition haben die Freiwilligen in die Oblast Kiew gebracht, damit sie möglicherweise bei Unruhen verwendet werden kann, die von nationalistischen Organisationen im Ergebnis der Kommunalwahlen am 25. Oktober 2020 vorbereitet werden. Es ist eine **Verstärkung der Agitationsarbeit durch ukrainische nationalistische Banden**, um die Bevölkerung, Veteranen und aktive Soldaten zur Teilnahme an den sich in Vorbereitung befindlichen gegen die Regierung gerichteten Aktionen Ende Oktober heranzuziehen, festzustellen.

In der 36. Marineinfanteriebrigade ist ein weiteres Korruptionsschema festzustellen. Im Rahmen der Vorbereitung auf die Herbst- und Winterzeit werden Wintersachen an die Einheiten ausgegeben.

Nach uns vorliegenden Informationen fordert der Leiter des Materialdienstes der Brigade von den Soldaten und Unteroffizieren je 150 Griwna für die Ausgabe der neuen Ausrüstung in der notwendigen Größe. Wer sich weigert, erhält alte, abgenutzte Uniformen. Trotz zahlreicher Beschwerden seiner Untergebenen unternimmt der Brigadekommandeur Gnatow zu dieser Angelegenheit keinerlei Maßnahmen.

de.sputniknews.com: **Polizeigebäude in Minsk mit Molotowcocktails attackiert**

In der weißrussischen Hauptstadt Minsk haben Unbekannte das Gebäude der Bezirksverwaltung des Innenministeriums mit Molotowcocktails attackiert. Das gab am Dienstag die Sprecherin vom Weißrusslands Innenministerium, Olga Tschomodanowa, bekannt.

Der Zwischenfall ereignete sich demnach am frühen Dienstagmorgen, gegen 05:00 Uhr (Ortszeit). Auf das Territorium der Bezirksverwaltung des weißrussischen Innenministeriums

sollen drei Flaschen mit Brandsatz geworfen worden sein.

Eine der Flaschen traf dabei laut der Mitteilung einen Dienstbus, der dadurch in Brand geriet. Vor Ort war später eine Ermittlungsgruppe tätig, die nun nach den Tätern sucht.

Eingeleitet wurde ein Strafverfahren nach dem Artikel „besonders schweres Rowdytum“, der bis zu zehn Jahre Haft vorsieht. ...

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/8YY87TCI698" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; clipboard-write; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/8YY87TCI698>

### Mil-Inr.su: **Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 13. Oktober 2020**

In den letzten 24 Stunden wurden **keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt. ...

Dennoch haben Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK die **Stationierung von Waffen und Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium festgestellt, was den dritten Punkt der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueereinstellung verletzt. Auf Befehl des Kommandeurs der 14. Brigade des Kriegsverbrechers Wojtschenko haben ukrainische Kämpfer ein Abwehrgeschütz „Osa“ in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern in Bobrowo stationiert. Kämpfer der 25. Brigade haben auf Befehl von Sentschenko vier Schützenpanzer in Gejewka stationiert.

Wir stellen weiter eine **Zunahme der kriminellen Aktivitäten unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte** gegenüber der Zivilbevölkerung des Donbass fest, was durch das geringe moralisch-psychische Niveau der Kämpfer sowie das Gefühl der Straflosigkeit und Unkontrolliertheit hervorgerufen wird.

Nach Informationen unserer Quelle in der Verwaltung der Lugansker Oblast sind **in dieser Woche 26 Anzeigen von Bürgern mit Beschwerden** über das unmoralische Verhalten von Soldaten der 25. Brigade in den Polizeistationen von Stschastje, Gejewka und Wojtowo eingegangen. Hauptbeschwerden der Einwohner über die Kämpfer die kleine Diebstähle, Versuche von Autodiebstahl, Aufenthalt an öffentlichen Orten in betrunkenem Zustand, Schlagen von örtlichen Einwohnern und freches Benehmen von Militärfahrern auf den Straßen.

Diese Situation ist bedingt durch die Rotationsmaßnahmen, völlige Freizügigkeit von Seiten des kommandierenden Personals, fehlende Maßnahmen der Rechtsschutzorgane sowie der Ankunft der 80. Brigade zu Ablösung, vor denen sich sich abziehenden Pseudohelden als „Herren“ auf besetztem Territorium aufführen. ...

### deu.belta.by: **Belarus und Syrien bestätigen gegenseitige Unterstützung auf internationaler Bühne**

Der belarussische Außenminister, Wladimir Makej, hat sich mit dem Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Syrischen Arabischen Republik, Mohammad Aloumrani, anlässlich der Übergabe der Kopien der Beglaubigungsschreiben getroffen. Das gab der Pressedienst des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten von Belarus der Nachrichtenagentur BelTA bekannt.

Während des Treffens wurden aktuelle Fragen zur Entwicklung der bilateralen Beziehungen in Politik, Handel, Wirtschaft und im humanitären Bereich besprochen. Der Außenminister und der Botschafter Syriens bestätigten das Interesse an der Ankurbelung der belarussisch-syrischen Zusammenarbeit und die gegenseitige politische Unterstützung auf internationaler Bühne.

Wladimir Makej wünschte dem syrischen Diplomaten eine aktive fruchtbare Arbeit in der

Republik Belarus.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2020/000020\\_1602587739\\_53196\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000020_1602587739_53196_big.jpg)

### sputnik.by: **Die Generalstaatsanwaltschaft antwortete auf das „Ultimatum“ von Tichanowskaja an die belarussischen Behörden**

Der frühere Präsidentschaftskandidat von Belarus, Swetlana Tichanowskaja, legte den Behörden ein „Ultimatum“ vor und erklärte, dass in 13 Tagen alle Unternehmen einen Streik im Land beginnen würden, wenn die Forderungen der Opposition nicht erfüllt würden. Die Generalstaatsanwaltschaft erklärte, dass das „Ultimatum“ von Tichanowskaja an die belarussischen Behörden bezüglich des Rücktritts von Lukaschenko und des Streiks von Unternehmen einer rechtlichen Bewertung unterzogen werden könne. Die Glaubwürdigkeit und Urhebererschaft der Streikaufrufe würden geprüft.

#### **Streik, Blockade, Zusammenbruch der Umsätze**

„Zwei Monate politischer Krise, Gewalt und Gesetzlosigkeit sind vergangen - und wir haben genug. Am 25. Oktober kündigen wir ein Volksultimatum an. Das Regime hat 13 Tage Zeit, um drei verbindliche Forderungen zu erfüllen: (der belarussische Präsident Alexander - Sputnik) Lukaschenko muss seinen Rücktritt verkünden. Die Gewalt auf den Straßen muss vollständig eingestellt werden. Alle politischen Gefangenen müssen freigelassen werden“, teilte Tichanowskaja über telegram mit.

Es wird darauf hingewiesen, dass, wenn die Forderungen der Opposition bis zum 25. Oktober nicht erfüllt werden, „das ganze Land friedlich mit einem Volksultimatum auf die Straße gehen wird“ und am 26. Oktober „ein nationaler Streik aller Unternehmen beginnen wird, alle Straßen blockiert werden und die Verkäufe in staatlichen Geschäften zusammenbrechen werden“.

„Sie haben 13 Tage Zeit, um die drei Bedingungen zu erfüllen. Wir haben 13 Tage Zeit, um uns vorzubereiten, und die ganze Zeit über werden die Weißrussen ihren friedlichen und anhaltenden Protest fortsetzen“, sagte Tichanowskaja.

Ihrer Meinung nach hat die Opposition oft gesagt, sie sei bereit für den Dialog und die Verhandlungen mit den Behörden, aber „ein Gespräch hinter Gittern ist kein Dialog“.

„Das Volk nach Aussagen über die Bereitschaft zu Verhandlungen zu verprügeln, ist kein Dialog. Lukaschenko tötet seine Zukunft und versucht, Beamte, Sicherheitsbeamte und das gesamte belarussische Volk mit sich zu ziehen. Aber das werden wir nicht zulassen“, betonte die Politikerin.

#### **Nicht der erste Versuch**

Zuvor hatte die belarussische Opposition die Unternehmen des Landes bereits zum Streik aufgefordert, und bei einigen von ihnen wurden Streikkomitees gebildet. In vielen Unternehmen, beispielsweise in Belaruskali, kam es jedoch nicht zu einem umfassenden

Streik. Bestimmte technologische Prozesse wurden gestört. Jetzt arbeiten die belarussischen Staatsunternehmen wie gewohnt.

Nach den Präsidentschaftswahlen, die Alexander Lukaschenko zum sechsten Mal gewann, begannen am 9. August in ganz Weißrussland massive Protestaktionen der Opposition. Nach Angaben der Wahlkommission erhielt er 80,1% der Stimmen. In jüngster Zeit fanden Protestaktionen hauptsächlich an Wochenenden statt, die größten an Sonntagen.

Nach den Wahlen schuf die Opposition auf Initiative von Tichanowskaja einen Koordinierungsrat für die Machtübertragung in der Republik. Die Opposition betrachtet Tichanowskaja als die gewählte Präsidentin, fordert die Ausrufung von Neuwahlen im Land und besteht auf Verhandlungen mit den derzeitigen Behörden. Die belarussische Generalstaatsanwaltschaft hat im Zusammenhang mit der Schaffung des Koordinierungsrates einen Fall im Rahmen eines Strafartikels über Aufforderungen zur Machtergreifung eröffnet, der Untersuchungsausschuss untersucht ihn.

Tichanowskaja wurde in Weißrussland und der Russischen Föderation auf die zwischenstaatliche Fahndungsliste gesetzt, aber es wurde nicht berichtet, im Zusammenhang mit welchem Strafverfahren.



<https://cdn11.img.sputnik.by/images/07e4/07/1c/1045279548.jpg>

lug-info.com: Die LVR wartet auf eine Bestätigung der Erklärungen der ukrainischen Seite über eine mögliche Schließung des Kontroll- und Passierpunkts „Staniza Luganskaja“ ab dem 15. Oktober von der Vertretung der Republik im GZKK, erklärte die Vertreterin der LVR in der humanitären Untergruppe der Kontaktgruppe Olga Kobzewa.

Der Leiter der sogenannten Lugansker militärisch-zivilen Oblastverwaltung Sergej Gajdaj hatte am 12. Oktober in einem Auftritt in den sozialen Netzwerken erklärt, dass die Frage der Schließung des Kontroll- und Passierpunktes wegen einer angeblich großen Zahl von Coronavirusträgern unter den vom Territorium der LVR eintreffenden Personen erwogen wird.

„Ich möchte die Aufmerksamkeit der Bürger darauf richten, dass dies tatsächlich eine sehr wichtige Frage ist. Wir warten nun auf eine offizielle Bestätigung eines Dokuments, in dem steht, dass die ukrainische Seite den KPP vom 15. bis 31. Oktober schließt, über die Vertreter der LVR im GZKK“, sagte Kobzewa.

Sie erläuterte, dass Initiator der Schließung die ukrainische Seite ist.

de.sputniknews.com: **Moskau besorgt über mögliche Verlegung von Kämpfern aus Nahost nach Bergkarabach**

Das russische Verteidigungsministerium hat seine Besorgnis im Zusammenhang mit Meldungen, wonach Kämpfer aus den im Nahen Osten agierenden Terrorgruppierungen in die

Konfliktzone in Bergkarabach verlegt werden, zum Ausdruck gebracht.

„Besondere Besorgnis rufen die eingegangenen Informationen, denen zufolge Kämpfer aus den im Nahen Osten agierenden Terrorgruppierungen in die Konfliktzone in Bergkarabach verlegt werden, hervor. Über diese Besorgnis hat der russische Verteidigungsminister, Armeegeneral Sergej Schoigu, seinen türkischen Amtskollegen Hulusi Akar bei den gestrigen telefonischen Verhandlungen in Kenntnis gesetzt“, heißt es in der Mitteilung der russischen Behörde.

Am Montag hatten die Verteidigungsminister Russlands und der Türkei, Sergej Schoigu und Hulusi Akar, miteinander telefoniert.

Wie der Pressedienst des türkischen Verteidigungsministeriums mitteilte, hatte der Konflikt in Bergkarabach unter anderem auf der Tagesordnung gestanden. ...



[https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0b/328132697\\_0:126:1214:783\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_95105124bad182145558b46563d4f716.jpg](https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0b/328132697_0:126:1214:783_1000x0_80_0_1_95105124bad182145558b46563d4f716.jpg)

lug-info.com: „Über die Schließung von Staniza Luganskaja hat mich der offizielle Vertreter der Ukraine in der humanitären Untergruppe informiert. Es wurde erklärt, dass es möglicherweise ein offizielles Dokument gegeben wird, wir erwarten es, aber dass der Passierpunkt Staniza Luganskaja vom 15. bis 31. Oktober nicht in Betrieb sein wird, ist eine Tatsache“, teilte die Vertreterin der LVR in der humanitären Untergruppe Olga Kobzewa mit.

belta.by: **Makarewitsch: Die Straße kann die Politik des Staates nicht diktieren**

Die Straße kann die Politik des Staates nicht diktieren. Diese Meinung wurde gegenüber einem BelTA-Korrespondenten vom Vorsitzenden des Jugendparlaments der Nationalversammlung Jegor Makarewitsch vertreten.

„Heute sehen wir die Radikalisierung von Protesten, Versuche des gewaltsamen Widerstands der Demonstranten gegenüber Vertretern der Sicherheitsbehörden. Dies kann natürlich nicht als friedliche Straßenaktion bezeichnet werden. Wir sehen die Ereignisse, die nachts in der Hauptstadt stattfanden - Brandstiftung, Zusammenstöße mit Sicherheitskräften, Versuche den Verkehr in Minsk zusammenbrechen zu lassen. All dies kann natürlich von den Strafverfolgungsbehörden nicht unberücksichtigt bleiben, wenn Verstöße gegen die administrative oder strafrechtliche Bestimmungen begangen werden. Die belarussische Gesetzgebung sieht dies eindeutig vor“, sagte Jegor Makarewitsch.

Ihm zufolge stehen junge Menschen häufig an der Spitze von Protestaktionen. „Jeder von ihnen muss verstehen, dass mit solchen Aktivitäten eine spezifische juristische und rechtliche Verantwortlichkeit verbunden ist. Tatsächlich sollten junge Menschen ihr Leben nicht ruinieren, indem sie unverständlichen Anrufen bestimmter Telegram-Kanäle aus dem Ausland erliegen. Weißrussland verfügt über alle Mechanismen zur Lösung von Problemen und die Umsetzung von Initiativen. Und der Dialog kann nur im legalen Bereich stattfinden. Die

Straße hat nie etwas entschieden ", sagte der Vorsitzende des Jugendparlaments. Jegor Makarewitsch betonte, dass jeder junge Mensch seine Position klar formulieren muss. „Wenn dieser oder jener junge Mensch Änderungen oder Veränderungen wünscht, muss dies alles im legalen Bereich geschehen. Weder eine Bildungseinrichtung noch eine Straße können der Ort sein, an dem über die Zukunft des Landes entschieden wird. Die Straße kann die Politik des Staates nicht diktieren", sagte er ...

Der Vorsitzende des Jugendparlaments erinnerte daran, dass in allen Regionen des Landes Dialogplattformen zu funktionieren begonnen haben. „Zum Beispiel hält das Jugendparlament eine Reihe von Treffen in den Regionen zu den dringendsten Themen ab. Wir haben eine Sammlung von Initiativen zu Vorschlägen an die All-Belarussische Volksversammlung zu Änderungen der Verfassung unterbreitet. Daher verfügt das Land über geeignete Kanäle, die genutzt werden müssen", schloss er.



[https://www.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2020/000022\\_1602597677\\_410825\\_big.jpg](https://www.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1602597677_410825_big.jpg)

Dnronline.su: Im Herbst, wenn jahreszeitlich bedingte Erkältungskrankheiten zunehmen, beunruhigen sich die Bürger in gewisser Weise über das Vorhandensein und die Zugänglichkeit von Antiviruspräparaten in den Apotheken. Ein Korrespondent der offiziellen Seite der DVR befasste sich heute mit Antworten auf diese Fragen.

„Hauptsächlich fragen die Menschen nach Antiviruspräparaten, der Jahreszeit gemäß. Wir haben ein gutes Sortiment, deswegen können alle Wünsche der Käufer berücksichtigt werden. Wir sind mit Antivirus- und prophylaktischen Präparaten im vollen Umfang versorgt“, wurde in der nicht staatlichen Apotheke „Erste Hilfe“ erklärt.

Im staatlichen Unternehmen „Republikanisches Zentrum Handelshaus Medikamente des Donbass“ wurde erklärt, dass das Unternehmen ausreichend mit Medikamenten zur Behandlung und Prophylaxe von Erkältungskrankheiten versorgt ist.

„In unserem Einzelhandelsnetz gibt es ein ausreichend bereits Sortiment. Dieses Sortiment umfasst mehrere Preiskategorien, wir können für den Käufer Medikamente nach seinen Möglichkeiten anbieten und immer mehrere Marken vorschlagen.“

Nicht weniger wichtig ist die Frage der Sättigung des Markts für Medikamente in der Zukunft. „Wir hoffen, dass wir bald „Arbidol“, „Asitromizin“ und andere erhalten, die sehr nachgefragt sind“, wurde in der Apotheke „Erste Hilfe“ gesagt.

„Derzeit erwarten wir eine Lieferung von Waren aus der RF. Entsprechend werden wir unterbrechungsfrei mit Medikamenten versorgt sein“, bestätigt „Medikamente des Donbass“.

de.sputniknews.com/sputnik.by: **Lawrow schließt Stopp von Dialog zwischen Russland und EU nicht aus**

Russland könnte laut seinem Außenminister Sergej Lawrow den Dialog mit der EU einstellen, falls Brüssel die Notwendigkeit eines „gegenseitig respektvollen Gesprächs“ nicht einsehe. So kommentierte der Diplomat das Vorgehen westlicher Länder vor dem Hintergrund der mutmaßlichen Vergiftung des Kremlkritikers Alexej Nawalny.

„Diejenigen, die im Westen für die Außenpolitik verantwortlich sind und die Notwendigkeit eines gegenseitig respektvollen Dialogs nicht einsehen – mit denen sollten wir vielleicht eine Zeit lang nicht reden, zumal Ursula von der Leyen erklärt hat, dass mit der jetzigen russischen Führung keine geopolitische Partnerschaft klappe. Dann soll es eben so sein, wenn sie das wollen“, sagte Lawrow in seiner Rede im Diskussionsclub „Waldai“.

Er betonte, der Westen verhalte sich im Fall Nawalny inakzeptabel:

„Schauen Sie sich an, wie das Treffen des EU-Rates für Außenpolitik jetzt stattfand und welche didaktischen Maximen zu hören waren, die Aussagen, dass Russland die Gelegenheit, die Chance nicht nutzen konnte, um zu erklären, was mit Nawalny passiert ist ... Ich werde nicht detailliert auf die Tatsachen eingehen, die ausreichend vorhanden sind, wie sich die Europäische Union im Zusammenhang mit dem Fall Nawalny völlig unangemessen und inakzeptabel verhält“, sagte Lawrow.

Der Minister fügte hinzu, Moskau wolle verstehen, ob es unter den gegenwärtigen Bedingungen zumindest möglich sei, mit der Europäischen Union Geschäfte zu machen. Lawrow merkte an, dass es Zeit für Russland sei, nicht mehr auf europäische Partner zurückzublicken und sich auf deren Einschätzungen zu konzentrieren. „Wir müssen aufhören, unsere westlichen Kollegen, einschließlich der EU, als Quelle für Bewertungen unseres Verhaltens zu betrachten, Bewertungen, denen wir folgen, so dass wir uns sozusagen an demselben Maßstab messen“, erklärte der russische Außenminister.

Der russische Minister kommentierte die Erklärung der Leiterin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, die sagte: „Es ist wichtig, sich von der Illusion zu trennen, dass Russland unter der gegenwärtigen Führung in der Lage sein wird, den Status des geopolitischen Partners der EU wiederherzustellen.“

„Dies ist eine sehr ernste Aussage aus dem Mund der höchsten Beamten der Europäischen Kommission, und es scheint mir, dass wir aufhören müssen, auf diese Einschätzungen Rücksicht zu nehmen“, betonte Lawrow.



<https://cdn11.img.sputnik.by/images/07e4/0a/0d/1045895932.jpg>

**Wpered.su: Boris Litwinow gratulierte dem Futsal-Klub der KPRF zur Bronzemedaille in der UEFA Champions League**

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der DVR, der Komsomol der DVR, unsere Anhänger, die Sportöffentlichkeit der DVR gratulieren dem Futsal-Klub der KPRF zur Bronzemedaille in der Champions League der UEFA!

Das Team der KPRF gelangte unter die drei stärksten Teams Europas. Auf dem Weg zum Viertelfinale besiegten die Fußballer der KPRF die besten Teams aus Spanien, Kasachstan, Ungarn, Belgien, Slowenien, Bosnien und Herzegowina. Im Halbfinale trat der Klub der KPRF gegen den Titelverteidiger aus dem spanischen Barcelona an. Nachdem sie das Spiel mit einem Gleichstand von 3:3 beendet wurde, hatten die Fußballer der KPRF ein wenig Pech mit einer Serie von Elfm Metern. Aber das Team – und zusammen mit ihm die KPRF – erlangte aufgrund seiner hohen Leistungen die Sympathien sehr vieler Menschen in der ganzen Welt. Als er dem Team zur Bronzemedaille der Champions League der UEFA gratulierte, erklärte der Vorsitzende der KPRF G.A. Sjuganow: „ „Sport ist außerhalb der Politik“ – wir unterstützen diese Losung von Sportverbänden der ganzen Welt. Aber die Politiker können nicht außerhalb des Sports bleiben. Sie sind berufen, ihn zu unterstützen. Sie befassen sich mit seiner Entwicklung. Sie drücken für die Ihrigen die Daumen. Deshalb hat ein klarer Erfolg unseres Teams einen direkten Einfluss auf den Kinder- und Jugend- sowie den Massensport. Dies ist ein hervorragendes Vorbild für die Teams der Sportklubs der KPRF in anderen Bereichen: Volleyball, Schwimmen, Eiskunstlauf, Schach und viele weitere Sportarten“. Vor mehr als 17 Jahren begann die Kommunistische Partei das Projekt „Sportklub der KPRF“ zu realisieren. Die Kommunisten tun alles ihnen mögliche, damit der Massensport für die Menschen kostenlos ist. Es sind mehr als 40 Sportarten, mehr als 40.000 Jungen und Mädchen im ganzen Land, die in den Sportsektionen aktiv sind.

Die Kommunisten der DVR nehmen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der Lage in der Republik ein Beispiel an den Genossen aus der KPRF. 2018 wurde der Sportklub der Kommunistischen Partei der DVR gegründet. Im Rahmen des Klubs führen die Parteiorganisationen der Städte und Bezirke Sportwettbewerbe und Schülern und Jugendlichen durch. Mit Unterstützung Marjana Naumowas – der Weltmeisterin im Powerlifting, einer Mitglieds des Sportklubs der KPRF – wurde in Makejewka eine gute materiellen Basis für Sportaktivitäten geschaffen. In der Saison 2018-2019 spielte das Futsal-Team „Avantgarde“ des Sportklubs der Kommunistischen Partei der DVR überzeugend und siegte in entsprechenden Amateurligen. Zur Zeit sind einige Mitglieder des Teams in den Reihen der Verteidiger der Republik, führende Spieler, die verletzt wurden, stellen ihre Gesundheit wieder her. Der Tag ist nicht weit, wo sie durch die Siege der Sportler der KPRF begeistert ihre Auftritte in den Sportarenen der DVR wieder aufnehmen werden.

Heute sagen wir mit allen Kommunisten der Union Kommunistischer Parteien – KPSS den Sportlern des Futsal-Klubs der KPRF und dem gesamten Sportklub der KPRF: „Bravo! Hurra! Super!“

Der erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow

### de.sputniknews.com: **Viele haltlose Behauptungen: Moskau bewertet Vorgehen der Bundesregierung im Fall Nawalny**

Das russische Außenministerium hat zu einem Artikel der Zeitung „Times of Malta“ Stellung genommen, in dem zu Sanktionen gegen Russland wegen des Falls Nawalny aufgerufen wird. Das Außenamt verwies erneut auf verdächtige Zusammenhänge bei den Ermittlungen in Deutschland. Demnach gibt es allen Grund zu der Annahme einer Inszenierung gegen Moskau.

So habe die in dem Artikel dargestellte Situation wenig mit dem wahren Stand der Dinge zu tun, so das Außenministerium.

„Seit dem Transport Nawalyns nach Deutschland wurden bezüglich Russlands viele haltlose Behauptungen geäußert. Anscheinend wird es in dem Fall wie auch im Fall Skripal in Salisbury keine Beweise geben“, teilte das russische Außenamt mit.

Die Handlungen Deutschlands seien dermaßen reibungslos vonstattengegangen, dass dies verstärkt die Frage hervorgerufen habe, ob es sich nicht um eine weitere Inszenierung zum Thema „mystische Anwendung“ von chemischen Waffen handle –, diesmal jedoch nicht in

Syrien und Großbritannien, sondern in Russland.

„Eine Reihe von Umständen legen solche Gedanken nahe: Die auf höchster Ebene bekundete Bereitschaft, den Blogger umgehend zur Behandlung nach Deutschland zu holen. Hierzu gehören auch die Anwesenheit von Vertretern der Bundeswehr und der Einsatz von einem Transportmittel der Militärbehörde während des Transports von Nawalny – sowie der Umstand, dass die militärisch-politische Leitung einbezogen wurde, welche den besagten ‚Patienten‘ daraufhin zu ihrem ‚Gast‘ erklärt hat“, betonte das Außenministerium.

### **Politisierung von Fall Nawalny**

Diese organisatorischen Fragen sind nach Ansicht Moskaus Teil des Plans, den Vorfall zu politisieren, und haben den Vorwurf eines angeblichen Verstoßes Russlands gegen die Chemiewaffenkonvention zum Ziel.

Erneut hob das Außenamt hervor, dass eine Aufklärung des Falls in Russland ohne klare und einleuchtende Antworten aus Berlin und von der OPCW (Organisation für das Verbot chemischer Waffen) nicht vollständig erfolgen könne. In dem Zusammenhang wurde auf die Rechtshilfeersuchen der russischen Generalstaatsanwaltschaft an Schweden und Frankreich verwiesen, welche Proben Nawalnys zur Analyse erhalten hätten – was darüber hinaus einen Verstoß gegen strafrechtliche Ermittlungsnormen darstelle.

Unter anderem ließen die nachgewiesenen hochtoxischen Stoffe (im Westen als Nowitschok bekannt) darauf schließen, dass sie den Nato-Ländern und der EU längst ein Begriff seien. So hätten letztere diese Stoffe selbst erforscht und entwickelt. An dieser Stelle wies das russische Außenamt auf ausgestellte Patente in den USA hin, womit der Einsatz der Kampfstoffe gebilligt worden sei.

Russland hat nach Angaben des russischen Innenministeriums im Fall Nawalny insgesamt sechs Rechtshilfeersuchen an Deutschland, Frankreich und Schweden gerichtet – allerdings sollen bislang alle unbeantwortet geblieben sein. Moskau bekundete mehrmals die Bereitschaft, mit Europa bei den Ermittlungen im Fall Nawalny zusammenarbeiten zu wollen, verwies jedoch auf notwendige Informationen aus Paris und Berlin als Hinweise bei der Feststellung möglicher Tatbestände.

### **Befunde im Fall Nawalny**

Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) teilte am vergangenen Dienstag mit, dass in den Blut- und Urinproben des russischen Regierungskritikers Alexej Nawalny Giftspuren festgestellt worden seien – sie ließen auf ein Gift schließen, welches den Nervenkampfstoffen der Nowitschok-Gruppe ähnlich, aber nicht in der Chemiewaffenkonvention gelistet sei. Die Untersuchung soll auf eigenen Analysen der OPCW beruhen und mit den Befunden der Spezial-Labore in Deutschland, Frankreich sowie in Schweden übereinstimmen.

Das russische Außenministerium nahm daraufhin zu den OPCW-Befunden Stellung und verwies auf merkwürdige Zusammenhänge. Demnach scheint dem ganzen Vorgang ein Verschwörungs-Szenario zugrunde zu liegen. Moskau kündigte diesbezüglich Gegenmaßnahmen an. So wolle die russische Seite noch während der laufenden Tagungsperiode des Exekutivrats der OPCW ihre Sicht der Dinge darlegen.

Die Bundesregierung hatte am 2. September, nach Untersuchungen eines Spezial-Labors der Bundeswehr, mitgeteilt, sie sehe es als zweifelsfrei erwiesen an, dass Nawalny mit einem chemischen Nervenkampfstoff der „Nowitschok“-Reihe vergiftet worden sei. Die Schlussfolgerungen deutscher Sachverständiger seien von Labors in Schweden und Frankreich bestätigt worden, hieß es weiter.

Der russische Blogger und Kremlkritiker Alexej Nawalny war am 20. August auf einem Inlandsflug (Tomsk – Moskau) zusammengebrochen. Er wurde zunächst in einem Omsker Krankenhaus behandelt und dort in ein künstliches Koma versetzt. Der 44-Jährige wurde später auf Drängen seiner Familie in die Berliner Universitätsklinik Charité verlegt. Anfang September wurde Nawalny aus dem Koma geholt und bereits am 23. September aus der

Berliner Charité entlassen.



[https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/07/327889914\\_0:283:2841:1819\\_1000x080\\_0\\_1\\_9aa30994f66903664ab791ee5c2e8777.jpg](https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/07/327889914_0:283:2841:1819_1000x080_0_1_9aa30994f66903664ab791ee5c2e8777.jpg)

**abends:**

### de.sputniknews.com: **Deutsche Luftwaffe trainiert mit Nato-Partnern in NRW für Atomkrieg-Szenario**

Die deutsche Luftwaffe trainiert mit Nato-Partnern die Verteidigung des Bündnisgebiets mit Atomwaffen. Nach Informationen der Deutschen-Presse Agentur hat in dieser Woche eine geheime Bündnisübung unter der Bezeichnung „Steadfast Noon“ begonnen.

Dabei wird unter anderem der Einsatz von Jagdbombern trainiert, die im Kriegsfall mit Nuklearwaffen bestückt werden könnten. Ein Schauplatz der Übung ist in diesem Jahr der Fliegerhorst Nörvenich in Nordrhein-Westfalen. Er gilt als möglicher Ausweichstandort für die taktischen US-Atomwaffen vom Typ B61, die nach offiziell unbestätigten Angaben im rheinland-pfälzischen Büchel lagern.

Die in Büchel stationierten B61 könnten im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ in der Nato im Ernstfall auch von deutschen Tornados abgeworfen werden und dann zum Beispiel gegnerische Streitkräfte ausschalten. Weitere US-Atomwaffen sollen in Italien, Belgien, der Türkei und den Niederlanden lagern. An der aktuellen Übung sind zum Beispiel auch niederländische, belgische und italienische Kampfflugzeuge beteiligt.

Nach Angaben von Militärexperten wird bei den regelmäßig im Oktober stattfindenden „Steadfast Noon“-Manövern unter anderem geübt, wie man die US-Atomwaffen sicher aus unterirdischen Magazinen zu den Flugzeugen transportiert und an den Kampffjets anbringt. Bei Übungsflügen wird dann allerdings ohne Bomben geflogen. Informationen zum Szenario der Übung gab es zunächst nicht.

Die Bundeswehr teilte im Internet mit, dass die italienische Luftwaffe bis zum 15. Oktober mit zehn Luftfahrzeugen zu Gast in Nörvenich sei. Das Flugaufkommen am Fliegerhorst werde sich in dieser Zeit erhöhen, heißt es.

In Büchel läuft derzeit gleichzeitig die Übung „Resilient Guard“, bei der die Luftwaffe trainiert, den dortigen Fliegerhorst gegen einen möglichen Angriff zu verteidigen. Nach Angaben der Bundeswehr wird dazu unter anderem der Einsatz des Flugabwehrraketensystems Patriot in schwierigem Gelände geübt.



[https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0d/328152699\\_0:61:1025:614\\_1000x0\\_80\\_0\\_1\\_c11659d649d6fd48bf6fb50b89f17f4d.jpg](https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0d/328152699_0:61:1025:614_1000x0_80_0_1_c11659d649d6fd48bf6fb50b89f17f4d.jpg)

de.sputniknews.com: **Bergkarabach: Minsker OSZE-Gruppe ruft zu sofortiger Umsetzung der Verpflichtungen auf**

Die Minsker OSZE-Gruppe für Bergkarabach hat ihre Besorgnis über die anhaltende Gewalt in der Konfliktzone zum Ausdruck gebracht und zur möglichst schnellen Umsetzung der erzielten Vereinbarungen aufgefordert.

„Die Ko-Vorsitzenden der Minsker OSZE-Gruppe (Russland, Frankreich, USA) fordern Baku und Eriwan auf, sich dringend auf einen Mechanismus zur Überprüfung des Waffenstillstands zu einigen“, heißt es in der Erklärung der Ko-Vorsitzenden, welche der OSZE-Pressedienst veröffentlicht hat. „Die Ko-Vorsitzenden betonen, dass zivile Opfer unter keinen Umständen akzeptabel sind. Die Ko-Vorsitzenden fordern die sofortige Umsetzung des humanitären Waffenstillstands, um die Rückgabe der Gefallenen, Gefangenen und Inhaftierten sicherzustellen“, heißt es weiter.

„Die Ko-Vorsitzenden empfinden die anhaltende Gewalt in der Konfliktzone Berg-Karabach als besorgniserregend. Die Ko-Vorsitzenden fordern den aserbaidischen Präsidenten Ilham Alijew und den armenischen Premierminister Nikol Pashinjan auf, unverzügliche Maßnahmen zur Umsetzung des am 10. Oktober in Moskau abgeschlossenen Abkommens zu treffen. Dies ist notwendig, um katastrophale Folgen für die Region zu verhindern“, so die Erklärung.

Es wird darauf verwiesen, dass die Ko-Vorsitzenden der Minsker OSZE-Gruppe nach Gesprächen mit den Außenministern Armeniens und Aserbaidschans an zentralen Fragen der politischen Auseinandersetzung in Berg-Karabach arbeiten, um die während der Verhandlungen erzielte Lösung umzusetzen.

de.sputniknews.com: **Westen missbraucht Chemiewaffen-Konvention – Lawrow**

Der Westen hat laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow die Chemiewaffen-Konvention missbraucht, indem er sein technisches Sekretariat praktisch mit den Funktionen des UN-Sicherheitsrates ausgestattet hat.

„Die Konvention über das Verbot chemischer Waffen wurde tatsächlich missbraucht, als der Westen in direkter, grober Verletzung dieser Konvention selbst auf einer illegitimen Abstimmung bestand, wonach er bekannt gab, dass das technische Sekretariat dieser Konvention jetzt und für immer die Funktionen des UN-Sicherheitsrates habe und berechtigt sei, die Schuldigen in verschiedenen Situationen zu bestimmen, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass durch die Konvention verbotene chemische Waffen eingesetzt wurden“, sagte Lawrow in seiner Rede im Diskussionsclub „Waldai“.

Zuvor, so Lawrow, habe das technische Sekretariat die Tatsache der Verwendung oder Nichtverwendung einer verbotenen Substanz nur als Reaktion auf die Anfrage einer

Vertragsseite des Übereinkommens feststellen können.  
Auf diese Weise wollten die westlichen Länder internationale Strukturen „privatisieren“,  
unterstrich der Minister. Dies zeige sich sowohl in den Aktivitäten des UN-Sekretariats als  
auch in den Aktivitäten von Sonderorganisationen. ...